

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of Tunisia.

Islamistischer Herbst statt demokratischer Sommer

Tunesien steht eineinhalb Jahre nach Beginn seiner »Revolution der Würde« am Scheideweg

ELISABETH BRAUNE

September 2012

- Die Bilanz der demokratischen Transition in Tunesien fällt 18 Monate nach Beginn des Arabischen Frühlings sehr gemischt aus: Obgleich sich die wirtschaftliche Situation langsam erholt und sich der Verfassungsreformprozess formal auf gutem Wege befindet, sind umfassende Maßnahmen zur Linderung sozialer Missstände sowie grundlegende Reformen von Justizapparat und Polizei nach wie vor nicht in Sicht.
- Vor allem aber hat der gesellschaftliche Einfluss islamistischer Kräfte – inklusive eindeutig anti-demokratischer und gewaltbereiter Salafisten – seit dem Wahlsieg der *Ennahda*-Bewegung Ende Oktober 2011 deutlich an Terrain gewonnen. Führende Vertreter der als gemäßigt geltenden Partei betonen zwar nach wie vor, dass ihre religiösen Überzeugungen in keinem Widerspruch zu demokratischen Grundprinzipien stehen. Doch konkrete Gesetzesentwürfe und das systematische Verschleppen von Reformentscheidungen in sensiblen Bereichen sprechen leider eine deutlich andere Sprache.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen schlagen bereits seit Monaten Alarm, da individueller Rechte, vor allem von Frauen, sowie die gerade erst aufblühende Presse- und Meinungsfreiheit zusehends ausgehöhlt werden. In den nächsten Wochen sollen die nun vorliegenden Entwürfe von Artikeln für die neue Verfassung in der Verfassungsgebenden Versammlung debattiert und einer nach dem anderen zur Wahl gestellt werden. Sie sind insofern entscheidend für die Konsolidierung der demokratischen Transition – oder aber ihrer nachhaltigen Deformierung durch einen religiös geprägten pseudo-demokratischen Gesellschaftsentwurf.

Rund eineinhalb Jahre nach dem erzwungenen Abgang des verhassten Diktators Ben Ali und ein gutes halbes Jahr nach den ersten demokratischen Wahlen fällt die Bilanz der politischen Transition in Tunesien sehr gemischt aus. Einerseits vollzieht sich zweifelsohne ein Prozess, der langsam aber stetig verläuft und auf beachtliche Zwischenstationen verweisen kann: Richtig ist, dass die tunesische Revolution vergleichsweise unblutig war, auch weil die Sicherheitsituation schon wenige Tage nach dem 14. Januar weitgehend stabilisiert werden konnte. Ab dem 27. Februar gab es unter Beiji Caid Essebsi, einem ehemaligen Minister der Bourguiba-Ära, eine akzeptierte Übergangsregierung, deren Legitimität nach dem Zusammenschluss der sog. *Haute Instance* unter Leitung Yad Ben Achour mit dem Revolutionsrat zu einer Art parlamentarischen Rat Ende April noch deutlich zunahm. Am 23. Oktober fanden die ersten freien und demokratischen Wahlen in Tunesien statt, die nach Koalitionsverhandlungen zu einer Regierung der islamistischen *Ennahda* unter Beteiligung des national-liberalen *Congrès pour la République* (CpR) und des sozialdemokratischen *Etta-kattol* (TKL bzw. *Forum du Travail et des Libertés*/FTDL) führte. Seit Anfang 2012 tagt die Verfassungsgebende Versammlung nun regelmäßig und zumeist öffentlich und will zum Jahrestag der ersten Wahlen eine neue Verfassung vorlegen, auf deren Grundlage die für Frühjahr 2013 geplanten Wahlen stattfinden sollen.

Doch grundlegende Reformen zur Linderung der sozialen Missstände im benachteiligten Landesinneren – immerhin Auslöser der Proteste gegen das alte Regime – lassen nach wie vor auf sich warten, und nehmen in der öffentlichen Debatte einen erstaunlich geringen Raum ein. Die Prioritäten der dominant, ja arrogant regierenden *Ennahda* sind offensichtlich andere: Neben der systematischen Verschleppung dringend notwendiger Reformvorhaben im Bereich Justiz und Sicherheit ist vor allem die Kontinuität repressiver Vorgehensweisen und die großflächige Besetzung strategischer Posten nach Kriterien religiöser Gesinnung statt Kompetenz erschreckend. Selbst Staatspräsident Moncef Marzouki vom national-liberalen Koalitionspartner *Congrès pour la République* stellte die islamistische Bewegung unlängst in direkten Zusammenhang zum alten Regime und seiner maßlosen Korruption. Dabei hatte sich die als gemäßigt geltende *Ennahda* im Wahlkampf erfolgreich als konsequenter und glaubwürdiger Schlussstrich unter das Tunesien Ben Alis inszenieren können – nicht zuletzt aufgrund des von ihnen gepflegten Images als »gute Muslime«.

An ihrem bahnbrechenden Wahlsieg vom 23. Oktober bestehen keine Zweifel, allerdings erklärt sich ihre Stärke auch aus der institutionellen Schwäche der anderen Parteien sowie einer unübersichtlichen Parteienlandschaft mit insgesamt 112 Parteien und weit über 700 unabhängigen Listen. So erlangte die *Ennahda* rund 1,5 Mio. Wählerstimmen, das heißt 35 Prozent der Stimmen – und erhielt aufgrund einer Regelung zum größten verbleibenden Rest 41 Prozent der Mandate. Demgegenüber gingen rund 1,3 Mio. Stimmen für kleine und unabhängige Listen ohne Mandat aus und waren insofern »verloren«. Unbestritten ist aber auch, dass die *Ennahda* – im Gegensatz zu allen anderen Parteien – über gut funktionierende Strukturen, insbesondere im Landesinneren, verfügt und insofern de facto in vielen Orten die präsenteste oder auch schlichtweg einzige politische Gruppierung darstellte.

Freiheit, Würde und Gerechtigkeit – nur für die *Ennahda*?

»Freiheit, Würde und Gerechtigkeit« – die Kernforderungen der tunesischen Revolution scheinen bislang in erster Linie für die unmittelbare Entourage der *Ennahda* Anwendung zu finden. Kamen die unter dem alten Regime inhaftierten Islamisten bereits kurz nach dem Wahlsieg in den Genuss umfangreicher Amnestien, ist derzeit ein Vorschlag für ihre finanzielle Entschädigungen in Arbeit. Sie führten zum Rücktritt des unabhängigen Finanzministers Houcine Dimassi, der das geplante Volumen angesichts der wirtschaftlichen Situation des Landes vollkommen indiskutabel fand und vor allem darauf hinwies, dass die Opfer der Revolution noch immer nicht entschädigt worden seien.

Doch das größte Problem ist nicht, was die *Ennahda*-Regierung tut, sondern dass, was sie nicht verhindert: seit Ende Oktober mehren sich salafistische Übergriffe, von denen sich sie sich im besten Falle zögerlich distanzieren, und damit das staatliche Gewaltmonopol sukzessive untergräbt. Zu Übergriffen auf Touristen und Einheimische wegen vermeintlich »unislamischer« Kleidung gesellen sich Übergriffe auf Künstlertreffs und Galerien wegen blasphemischer Darstellungen und auf Veranstaltungen und öffentliche Räume wegen kritischer Gedanken. Und zwar ohne, dass die Polizei eingriffe geschweige denn Täter verurteilt würden. So entsteht ein immer präsenteres Klima der Angst und Verunsicherung,

in dem auf Facebook öffentlich zum Angriff auf Intellektuelle und Künstler aufgerufen werden kann. Angesichts systematischer Neuernennungen von Redaktionsleitungen durch die *Ennahda* und medial ausgeschlachteten Schauprozessen gegen kritische Stimmen verwundert es nicht, dass Journalisten ihre gerade erst erkämpften Freiheiten tendenziell schon wieder mit der Schere im Kopf betrachten.

Besonders deutlich hat sich die gesellschaftliche Realität Tunesiens in den letzten Monaten im Hinblick auf die Situation der Frauen verändert. Das tunesische Personenstandsrecht, das bereits 1956 die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau besiegelte, gilt in der arabischen Welt als einzigartig. Selbst wenn Feministinnen gerade im Hinblick auf Erbschaftsregelungen weitere Verbesserungen einfordern. Doch genau diese Errungenschaften der tunesischen Frauen, die sich u. a. in hohen Erwerbsquoten, hohen Bildungsniveaus und hohen Scheidungsraten manifestieren, werden zusehends in Frage gestellt. Die von der *Ennahda* vertretenen ultra-konservativen Werte haben in Verbindung mit ihrer *laissez-faire*-Haltung gegenüber Gewalttätern einen gesellschaftlichen Rahmen geschaffen, in dem Männer sich im Recht fühlen, Frauen »in ihre Schranken zu weisen«, und diese sich insofern immer stärker schon von sich aus in ihrer Kleidung anpassen oder ganz zurückziehen aus dem öffentlichen Raum. Die Polizei greift dabei nicht nur nicht ein, sondern war in letzter Zeit mehrfach selbst der Aggressor: So wurde die Künstlerin Rim El Banna, die Ende Juni zusammen mit zwei Freunden in ihrem eigenen Auto in der Innenstadt von Tunis unterwegs war, von der Polizei kontrolliert, festgehalten und beschimpft aufgrund ihrer Kleidung und ihres »Umgangs«. Das bekannte Model Rafaa Ayadi wurde Anfang Juli von der Polizei belästigt, als sie nach einem Restaurantbesuch in Tunis in ein Taxi einsteigen wollte.

Ein »wahabitischer Tsunami« versucht die Gesellschaft von Grund auf zu verändern

Zum internationalen Frauentag am 8. März erschien in der tunesischen Internetzeitung Kapitalis die Karikatur einer Karte Tunesiens, in der das Land vollständig von einem schwarzen Gesichtsschleier (*Niqab*) bedeckt ist. Ganz Tunesien? Nein, eine von Unbeugsamen bevölkerte Stadt im Nordosten des Landes hört nicht auf, Widerstand zu leisten: die Hauptstadt Tunis lugt trot-

zig aus dem schmalen Sehschlitz hervor. Der *Niqab*, ein vor allem in der Golfregion und Saudi-Arabien üblicher Vollschieleier für Frauen, gilt vielen als der augenscheinlichste Beweis des »wahabistischen Tsunamis«, der derzeit die tunesische Gesellschaft mit Macht zu verändern sucht: Während der schwarze und vollverschleiende *Niqab* im Tunesien vor der Revolution nicht existent war, und – wenn überhaupt – höchstens bunte und modische Kopftücher getragen wurden, gehört er nun immer häufiger zum allgemeinen Erscheinungsbild – vom Kindergarten bis zur Vorabendserie.

Er steht gewissermaßen im Zentrum des »Kulturkampfes« zwischen dem modernistisch-säkularen und seit Jahren weitgehend gleichberechtigtem Gesellschaftsmodell und der neu erstarkten ultra-konservativen religiösen Kräfte: so brachten einige Studentinnen, die für ihr Recht auf Vollverschleierung in den Hungerstreik traten, über Wochen hinweg den Lehrbetrieb der Universität Manouba zum Erliegen, während zuständige Ministerien trotz physischer Übergriffe auf das Lehrpersonal nur mit den Achseln zuckten. Universitätsleitung und Lehrpersonal beriefen sich zwar auf ihr Hausrecht und pädagogische Mindeststandards der Kommunikation, konnten diese aber angesichts einer Übermacht gewaltbereiter männlicher (und keineswegs immatrikulierter) Begleiter der Studentinnen schlichtweg nicht durchsetzen. Erst als die Situation am 7. März völlig außer Kontrolle geriet und die tunesische Fahne auf einem der Universitätsgebäude heruntergerissen und kurzzeitig durch eine schwarze Salafisten-Fahne ersetzt worden war, sahen sich prominente *Ennahda*-Vertreter genötigt, Position zu ergreifen. Während Parteichef Rachid Ghannouchi, der hinter Premierminister Hamadi Jebali als der eigentlich starke Mann im Staate gilt, eifrig beteuerte, niemand wolle irgendwelche Kleidervorschriften oder geschlechtergetrennte Lehrangebote machen, konstatierte der Hochschulminister Moncef Ben Salem lediglich, dass es dafür wohl noch zu früh sei. Der Dekan der betroffenen Fakultät, Habib Kazdaghli, der mehrfach mit Steinen beworfen und zeitweise sogar von den Gewalttätern in seinem eigenen Büro festgehalten wurde, muss sich derzeit gegen den Vorwurf tätlicher Gewalt gegen eine verschleierte Studentin vor Gericht verantworten, während die eigentlichen Aggressoren weiterhin frei herumlaufen.

Nicht erst seit dem 9. April, als eine friedliche Demonstration der tunesischen Zivilgesellschaft gegen die aktuelle Regierung in der Innenstadt von Tunis brutal von

Polizeikräften geräumt wurde, kursiert der Witz vom langen Bart als effektivstem Schutz vor polizeilicher Gewalt. Es ist dieses Muster des »doppelten Maßstabes«, das den von Anfang an geäußerten Vorwurf eines doppelten Diskurses der *Ennahda* immer stärker untermauert. Es mag sein, dass sie im Vergleich zu den verschiedenen, immer öffentlicher agierenden salafistischen Gruppierungen zweifelsohne gemäßigter sind und eine wichtige Funktion als Bindeglied zu diesem gewaltbereiten Spektrum haben. Das allein macht sie jedoch noch nicht automatisch zu Demokraten. Umgekehrt zeigte aber ein »Machtwort« Ghannouchis nach den landesweiten Ausschreitungen wegen einer Kunstausstellung im Palais Abdelliyah Mitte Juni, dass es durchaus möglich ist, die Gewalttäter im Zaum zu halten.

Frauenrechte im Brennpunkt des »Kulturkampfes«

Besonders deutlich manifestiert sich die Inkompatibilität der beiden Gesellschaftsentwürfe in dem derzeit heftig diskutierten Entwurf der Verfassungskommission »Rechte und Freiheiten«, deren Vorschlag für Artikel 28 lautet: »Der Staat gewährleistet den Schutz der Rechte der Frau und ihrer Errungenschaften unter Achtung des Prinzips ihrer Ergänzung des Mannes innerhalb der Familie und als seiner Begleitung in der Entwicklung des Landes.« In offensichtlichem Widerspruch zu Artikel 21 der selben Kommission, der die Gleichberechtigung von Ehepartnern festschreibt sowie Artikel 22, der die gleichen Rechte und Pflichten für alle Bürger vor dem Gesetz ohne jegliche Diskriminierung postuliert, verständigten sich 12 von 20 Abgeordneten (9 der *Ennahda*, 2 des CPR und ein Unabhängiger) auf diese in mehrfacher Hinsicht problematische Formulierung: Erstens definiert er die Frau über den Mann und begründet damit eine inakzeptable Hierarchie; zweitens enthält er eine Kausalität, in der der Staat nur dann die Rechte der Frau schützen muss, wenn diese komplementäre Rolle erfüllt ist; und drittens diskriminiert er durch die Fokussierung auf den familiären Rahmen systematisch ledige Frauen und Mütter, die dann in Funktion ihrer Brüder, Väter oder Söhne definiert würden. Es erscheint angesichts landesweiter Proteste, einer Petition zivilgesellschaftlicher Akteure sowie einer beeindruckenden Großdemonstration in Tunis am 13. August unwahrscheinlich, dass der aktuelle Entwurf einfach so in die Verfassung übernommen wird. Andererseits hätten sich die tunesischen Frauen auch

nicht träumen lassen, dass es wieder gesellschaftsfähig werden könnte, über Sinn und Zweck der Erwerbstätigkeit von Frauen öffentlich zu debattieren – zum Beispiel als probates Mittel gegen die hohe Arbeitslosigkeit.

Doch die Gleichstellung von Männern und Frauen ist nicht das einzige Thema, bei dem zwischen der *Ennahda* einerseits und einer breiten Front von oppositionellen Parteien und dem sozialdemokratischen Koalitionspartner *Ettakattol* andererseits noch ganz grundlegende Differenzen bestehen. Vom »Schutz des Religiösen« versus Presse- und Meinungsfreiheit bis hin zur Festbeschreibung von »Sitte und Anstand« als Wertekategorie geht es dabei letztlich aber im Kern immer um die Rolle von Religion im Rechtsstaat. Der öffentliche Verzicht der *Ennahda* auf eine Einbeziehung der Sharia in die neue Verfassung Ende März erscheint vor diesem Hintergrund im Nachhinein weniger als entscheidender Durchbruch, denn als Änderung der Taktik, nicht der Strategie. Das Verfahren sieht eine Abstimmung von jedem einzelnen Artikel mit einfacher Mehrheit vor, bevor die Verfassung als Ganze noch einmal zur Abstimmung gestellt wird. Dafür ist dann eine Zweidrittelmehrheit notwendig, die die *Ennahda* alleine nicht hat und auch nicht ganz so einfach organisieren kann. Umgekehrt kann aber ohne sie auch keine Zweidrittelmehrheit zustande kommen. Die Verfassung würde dann einem Referendum unterzogen, was kompliziert und vor allem langwierig ist.

Eilig hat es die *Ennahda* jedoch offensichtlich überhaupt nicht, ganz im Gegenteil. Mitten in die heftigen Proteste um den Entwurf zu Artikel 28 verkündete Habib Kheder, *Ennahda*-Generalberichterstatter, dass mit einer Fertigstellung der Verfassung frühestens im nächsten Frühjahr und mit Neuwahlen frühestens im Frühjahr 2014 zu rechnen sei. Dabei ist es grundsätzlich nicht einzusehen, warum eine Wahlkommission nicht bereits jetzt eingerichtet und mit der logistischen Vorbereitung und Datenerhebung beginnen kann, um sofort nach der Verabschiedung des rechtlichen Rahmens in die konkrete Wahlvorbereitung einzusteigen. Es sei denn, man will Zeit gewinnen. Tatsächlich vertritt nicht nur der renommierte Verfassungsrechtler Yad Ben Achour die Ansicht, dass das Mandat der Verfassungsgebenden Versammlung ein Jahr nach den Wahlen, das heißt am 23. Oktober 2012, automatisch erlischt. In jedem Fall aber untergrub diese Äußerung das letzte bisschen Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Parlamentspräsidenten Mustapha Ben Jafaar, der sich in den letzten Wochen per-

sönlich für eine Einhaltung des anvisierten Zeithorizonts und Wahlen im Frühjahr 2013 verbürgt hatte. Auch wenn Ben Jaafar und seine Partei *Ettakattol* bereits von Anfang an heftig kritisiert wurden für die Entscheidung, als Juniorpartner in die Regierungstroika zu gehen, und heftig Federn gelassen haben unter ihren eigenen Mitgliedern und der öffentlichen Meinung, ist mit diesem Vorfall noch einmal eine neue Dimension erreicht. Sieben Abgeordnete traten noch in derselben Woche aus der Fraktion aus und verhandeln derzeit mit ehemaligen PDP-Abgeordneten über mögliche Bündnisse.

Auch außerhalb der Verfassungsgebenden Versammlung erfolgten mittlerweile einige »Flurbereinigungen« der post-revolutionär-dynamischen Parteienlandschaft: Jüngste Fusion auf der Linken ist *Al-Massar* (»*La Voie démocratique et sociale*«), die am 31.03.2012 aus dem Zusammenschluss des ehemals kommunistischen *Mouvement Ettajdid* mit der Wahlplattform *Pôle Démocratique Moderniste* und der gewerkschaftsnahen neugegründeten *Parti des Travailleurs Tunisiens* hervorgegangen ist. Die links-liberale *Parti Démocratique Progressiste* (PDP) von Néjib Chebbi und Maya Jribi, die ebenfalls für eine Fusion auf der Linken in Betracht gekommen wäre, hat am 9. April 2012 mit dem bürgerlichen *Afek Tounis* und der zentristischen *Parti republicain* zu *Al Joumhour* (»*Parti Républicain*«) fusioniert und bietet damit auf der politischen Mitte eine starke Alternative.


Erhebliche Bindungskraft geht jedoch vor allem von dem »patriotischen Aufruf« *Nida Tunis* von Béji Caid Essebsi, Präsident der zweiten post-revolutionären Übergangsregierung und Minister der Bourguiba-Ära, aus, der sich als Gegenentwurf zur *Ennahda* positioniert und offen sein möchten für »alle Tunesierinnen und Tunesier«. Dabei geht es konkret um die bürgerliche politische und wirtschaftliche Elite, die in mehr oder weniger enger Verbindung zum alten Regime stand. Die Welle an Eintritten unmittelbar nach Parteigründung am 16. Juni zeigt deutlich, wie viele hierin die vermeintlich letzte Chance für das ihnen vertraute säkulare Tunesien sehen. Aber: auch wenn prominente Vertreter der ehemaligen Staatspartei RCD, wie der allgemein respektierte ehemalige Außenminister Kamel Morjane, sich bedeckt in der zweiten Reihe halten, wirft die Nähe vieler Parteimitglieder zum alten Regime Fragen auf. Fragen, auf die wie Essebsi richtig feststellt, nur die Justiz Antworten geben kann. Die aber – angesichts fehlender Kriterien für eine Übergangsjustiz – noch auf sich warten lassen

werden und die Glaubwürdigkeit von *Nida Tunis* in der Zwischenzeit erheblich untergraben. Ein gefundenes Fressen für die *Ennahda*, die sich bei ihrem derzeit einzigen ernstzunehmenden Gegner keine Gelegenheit zur Enttarnung und Denunziation entgehen lassen wird.

Und auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht müsste Béji Caid Essebsi den Beweis antreten, dass er nicht nur in der liberalen Tradition des tunesischen Modells steht. Sondern er die Wurzeln der Revolution in der Verarmung und Marginalisierung weiter Teile des Landes als solche erkannt hat und bereit ist, sich mit Wegen zu mehr sozialer Gerechtigkeit jenseits von Wachstumsraten und Handelsbilanzen auseinanderzusetzen. Die Ernennung des ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden Taieb Baccouche zum Generalsekretär von *Nida Tunis* und ein breiter Zustrom von Abgeordneten und Parteimitgliedern der gerade erst neu gegründeten *Al Massar* sowie von *Ettakattol* und *CpR* deuten darauf hin, dass hierfür grundsätzlich Potential vorhanden ist. Tatsächlich erscheint *Nida Tunis* und eine Rückkehr zum wirtschaftsliberalen Modell mit einem »irgendwie geläuterten« RCD-light vielen als das deutlich kleinere Übel – angesichts der sehr konkreten Islamisierung der bislang säkular geprägten Gesellschaft und der völligen Abwesenheit ernstzunehmender wirtschaftspolitischer Konzepte.

Nach negativen Wachstumsraten von 2,2 Prozent in 2011 erholt sich die wirtschaftliche Situation in Tunesien im Folgejahr der Revolution jedenfalls langsam aber stetig. Für 2012 werden wieder 2,8 Prozent Wachstum erwartet, Tendenz für 2013 in jedem Fall steigend. Doch auch die Arbeitslosigkeit steigt weiter, und angesichts hoher Teuerungsraten für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs manifestiert sich die Unzufriedenheit der breiten Bevölkerung erneut in Form von Streiks und Protesten mit Forderungen nach wirklichen Reformen, die Arbeitsplätze schaffen, prekäre Arbeitsverhältnisse absichern und Exklusion in den benachteiligten Landesteilen entgegenwirken. »*Dégage, dégage!*«, der Protestruf, der das Regime Ben Alis ins Wanken brachte und nunmehr gegen die aktuelle Regierung gerichtet ist, erschallte vor Kurzem nicht nur erneut in der »Keimzelle der Revolution«, in Sidi Bouzid, wo die Polizei am 9. August gewaltsam gegen Demonstranten vorging.

Die politische Transition in Tunesien befindet sich zweifelsohne in einer entscheidenden Phase: in den nächsten 6 Monaten wird die Weichenstellung erfolgen im



Hinblick auf die Deutungshoheit der »wahren Ziele« der tunesischen Revolution, wobei wesentliche Meilensteine die Verabschiedung der neuen Verfassung, die nächsten Wahlen sowie die weitere wirtschaftliche Stabilisierung darstellen. Es geht um nicht weniger und nicht mehr als zwei grundsätzlich unterschiedliche und nur bedingt vereinbare Gesellschaftsentwürfe, die zur Wahl stehen, und die Entscheidung zwischen einer Konsolidierung der demokratischen Transition – oder aber ihrer nachhaltigen Deformierung durch einen religiös geprägten pseudo-demokratischen Gesellschaftsentwurf. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich der brodelnde Unmut der breiten und noch immer marginalisierten Bevölkerung noch einmal großflächiger Gehör verschafft – um die politischen Eliten daran zu erinnern, was eigentlich auf der Agenda stehen sollte. Eine andere wiederkehrende Losung der Demonstranten in Sidi Bouzid Anfang August war nämlich: »Unsere Revolution ist eine Revolution der Armen. Nicht die von Essebsi oder Jebali.«



Über die Autorin

Elisabeth Braune ist Leiterin der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Hajo Lanz | Leiter | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7420 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
Simone.Doebbelin@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-268-2